

Synopse

Revision der Verordnung zum Baugesetz (Abbruchprämien)

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (GS Nummern)

Neu: –
Geändert: **700.010**
Aufgehoben: –

Ausgangslage	Fassung Vernehmlassung
	I.
	Änderung Verordnung zum Baugesetz (BauV) vom 22. Oktober 2012:
	Art. 87e Finanzierung und Bemessung von Abbruchprämien ¹ Der Bezirk bzw. die Feuerschaugemeinde finanziert die Abbruchprämien, soweit diese nicht durch Bundesbeiträge finanziert werden, gemäss dem Bundesgesetz über die Raumplanung aus den zweckgebundenen Erträgen der Mehrwertabgabe oder, falls dies nicht ausreicht, mit allgemeinen Finanzmitteln. ² Die Höhe der Prämie bemisst sich nach den tatsächlichen Verhältnissen und wird auf Antrag durch das Departement festgelegt und mit der Abbruchbewilligung verfügt. Das Departement kann pauschale Entschädigungsansätze verwenden. ³ Die Standeskommission legt die Grundsätze der Bemessung fest. ⁴ Keine Abbruchprämie wird ausgerichtet für: a) Teilabbrüche von Bauten und Anlagen; b) Abbrüche von Bauten und Anlagen im Eigentum von öffentlichen Körperschaften c) Infrastruktur- und Energieanlagen im öffentlichen Interesse; d) nicht bewilligte Bauten und Anlagen;

Ausgangslage	Fassung Vernehmlassung
	e) befristet oder mit auflösender Bedingung bewilligte Bauten und Anlagen; f) Bauten und Anlagen zur Ausbeutung von Nutzungsrechten; g) aufgrund einer Konzession oder als standortgebunden bewilligte Bauten und Anlagen; h) unterirdische Bauten und Anlagen, die vollständig überdeckt sind; i) Kleinstbauten bis 6m² und baubewilligungsfreie Bauten und Anlagen; j) Bauten und Anlagen, welche gestützt auf ein Enteignungsverfahren abzubauen sind. ⁵ Die Abbruchprämie wird nach vollständigem Rückbau und Erfüllung allfälliger Auflagen im Bauentscheid ausbezahlt.
	Art. 88a Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 1. April 2027 ¹ Die Abbruchprämie wird ausgerichtet für Abbruchgesuche, die nach dem Inkrafttreten der Bundesverordnung über die Raumplanung am 1. Juli 2026 eingereicht wurden.
	II.
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>
	III.
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.
	Dieser Beschluss tritt am 1. April 2027 in Kraft.